



Artikel publiziert am: 20.09.2012 - 23.23 Uhr

Artikel gedruckt am: 26.09.2012 - 16.00 Uhr

Quelle: <http://www.fehmarn24.de/nachrichten/fehmar/ausstiegsklausel-kein-ausstieg-2513131.html>

## **Trassenempfehlung der Bahn: weitestgehender Ausbau der Bestandstrasse mit den Umfahrungen Sierksdorf, Neustadt, Oldenburg sowie Trassenanpassungen**

### **Ausstiegsklausel ist „kein Ausstieg“**

OLDENBURG - Von Nicole Rochell - Dr. Christoph Jessen hatte nicht zu viel versprochen, als er im Vorfeld des 6. Dialogforums eine spannende Sitzung ankündigte (wir berichteten). Das gestrige Forum hatte es in sich: Es war so voll wie noch nie, es wurden so viele Fragen gestellt wie noch nie, und kaum war eine der Mammut-Sitzungen des Dialogforums so inhaltsreich wie die gestrige (20. September).

Die Allianz gegen die Feste Fehmarnbeltquerung ist im Dialogforum jetzt neu durch Susanne Brelowski, Susanne Dittmann, Reimer Schley und Hans-Joachim Nötzel vertreten. Stellvertreter sind Bernhard Markmann, Bodo Gehrke und Michael Bonne. Als erste Amtshandlung verlas Susanne Brelowski, Sprecherin der Allianz, eine Erklärung der Allianz gegen die Feste Fehmarnbeltquerung. In der unterstrich Brelowski die Haltung der Allianz zum Vorhaben, das durch seine vertragliche Fassung „keinen Deut an Sinnhaftigkeit gewinne“ – „auch wenn es ein Staatsvertrag ist“, stimmte Susanne Brelowski schon einmal auf einen der wesentlichen Hauptpunkte des gestrigen Abends ein. „Im gesamten Planungszusammenhang der Festen Fehmarnbeltquerung und der Hinterlandanbindung werden Sie hier im Dialogforum mit der Allianz niemals einen ‚Mitgestalter‘ dieses aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht gerechtfertigten Projektes finden.“

Die Ausstiegsklausel ist keine. Vielmehr handele es sich um eine „Verständigungsklausel“, der Vertrag sehe keine Vorkehrung für einen einseitigen Ausstieg vor. Aus den Regeln ergäbe sich weder ein Recht noch eine Pflicht zu konkreten Vertragsänderungen oder gar zur Vertragsbeendigung, so die Experten, die gestern mit Staatsrechtler Professor Dr. Giegerich im Oldenburger Gewerbezentrum zum Themenkomplex Staatsvertrag, insbesondere dessen Artikel 5 und 22 und damit die Frage, ob und unter welchen Bedingungen ein Ausstieg möglich ist, referierten. Unter schwierigsten Bedingungen. Verpflichteten sich die Vertragsparteien in Artikel 5 doch „Alles in ihrer Macht Stehende“ zur Verwirklichung des Projektes zu unternehmen. Professor Dr. Giegerich wies darauf hin, dass ein deutscher Ausstieg aus dem Projekt „völker- und europarechtlich kaum möglich“ wäre. Im Falle wesentlicher Änderungen der Umstände (einschließlich wesentlicher Kostensteigerungen) in der Zeit nach dem Vertragsschluss müssten die Parteien eine Verständigung nach Artikel 5 Absatz 4 und Artikel 22 Absatz 2 des Staatsvertrages suchen. Ziel dieser Verständigung müsste es sein, das Projekt trotz geänderter Umstände nach Möglichkeit auf angepasster Vertragsgrundlage durchzuführen. Beide Parteien seien in jedem Fall verpflichtet, auf das Gesamtinteresse der EU an der Projektdurchführung Rücksicht zu nehmen. Die einseitige Kündigung des Vertrages durch Deutschland sei rechtlich ausgeschlossen, so Professor Dr. Giegerich gestern Abend.

Die Bahn hat die Katze aus dem Sack gelassen und ihre Vorzugsvariante präsentiert, die sie schon bald zum Raumordnungsverfahren Schienenhinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung einreichen wird: Die gesamtplanerische Trassenempfehlung sieht einen weitestgehenden Ausbau der Bestandstrasse mit den Umfahrungen Sierksdorf, Neustadt, Oldenburg sowie Trassenanpassungen im Bestand vor. Das erschloss sich vielen Teilnehmern des Dialogforums vor allem vor dem Hintergrund nicht, da die Bahn erst vor wenigen Tagen in ihren Untersuchungen zum Schallschutz eine Neubautrasse westlich der A1 favorisierte (wir berichteten).

Die Bahn hielt auch eine gute Nachricht bereit, reagierte auf den deutlichen Wunsch des Kreises Ostholstein, die Bahn möge bei Einreichung der Unterlagen zum Raumordnungsverfahren die Unterlagen gleichzeitig öffentlich machen, damit die Zeit der Überprüfung durch die Landesplanungsbehörde bereits für die Meinungsbildung in der Region genutzt werden könne, stellte sich Landrat Reinhard Sager vor (wir berichteten). Die Vertreter der Bahn sagten dies gestern Abend zu. Reinhard Sager zog seinen Antrag zurück: „Ein erfreulicher Zug der Bahn“, sagte er.

Artikel lizenziert durch © fehmar24

Weitere Lizenzierungen exklusiv über <http://www.fehmarn24.de>